



Frankreich nach den Europawahlen – Parteienlandschaft in Bewegung

Joachim Schild

Zersplitterung der
politischen Land-
schaft

Die plurale Linke
auf Erfolgskurs

Die gemäßigte
Rechte: ein
Trümmerfeld

Jacques Chirac:
ein Staatspräsi-
dent ohne
Machtbasis

Extreme Rechte:
Ende eines
Kapitels?

Frankreich nach den Europawahlen – Parteienlandschaft in Bewegung

Ein Debakel für die bürgerliche Rechte, ein geschwächter Staatspräsident, die neogaullistische RPR in einer existentiellen Krise, der Durchbruch einer nationalen Rechten, ein gutes Ergebnis für die regierende Linke mit Gewichtsverschiebungen zugunsten der Grünen und zu Lasten der Kommunisten, eine Schwächung der gespaltenen Rechtsextremisten und eine insgesamt zersplitterte politische Landschaft, so lassen sich die Ergebnisse der Europawahlen in Frankreich zusammenfassen. Diese europäischen Wahlen dürften über den Tag hinaus tiefreichende Spuren in der nationalen innenpolitischen Szene hinterlassen. Sie kündigen weitere Veränderungen der Parteienlandschaft für die nähere Zukunft an.

Zersplitterung der politischen Landschaft

1 Vgl. die Ergebnisse einer europäisch vergleichenden IPSOS-Umfrage, dokumentiert in: Die ZEIT v. 3.6.1999.

Ähnlich wie in Deutschland verlief der Europawahlkampf auch in Frankreich schleppend und lustlos. In der öffentlichen Wahrnehmung vom Kriegsgeschehen im Kosovo in den Hintergrund gedrängt, war das Interesse der Franzosen für diesen Wahlgang geringer als in sämtlichen vorausgegangenen Europawahlen seit 1979. Weniger als die Hälfte der wahlberechtigten Franzosen (47 Prozent, ein Minus von 5,8 Prozentpunkten im Vergleich zu 1994) fanden es der Mühe wert, sich zu den Urnen zu begeben. Und 52 Prozent sahen in dieser Europawahl vor allem eine Gelegenheit, ihre „Meinung zu den Problemen in ihrem Land“ auszudrücken; nur für 40 Prozent stand die Meinungsäußerung „zu den europäischen Fragen“ im Vordergrund.¹

Dennoch wurden die Ergebnisse dieses Urnengangs in den Pariser Parteizentralen mit fiebriger Spannung erwartet. Viel stand für die einzelnen Parteien und Parteienbündnisse auf dem Spiel. In einer Parteienlandschaft, die in den vergangenen Jahren durch einen tiefgreifenden Wandel und mehrere mittlere Erdbeben gekennzeichnet war (s. Chronologie), ging es für so manchen Politiker und seine Partei um nichts weniger als um das politische Überleben. So diente die Europawahl nicht lediglich als ein wichtiges Stimmungsbarometer nach nunmehr zwei Jahren rot-grüner Regierung sowie als letzter landesweiter Test der

innenpolitischen Kräfteverhältnisse vor den Kommunalwahlen im Jahr 2001 und den nächsten – regulären – Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002. Die von den verschiedenen Parteien gewählten Wahlstrategien und -bündnisse und ihre Resultate liefern auch wichtige Aufschlüsse über die Entwicklungstendenzen der Parteienlandschaft, über mögliche Bündnisstrategien und die Zukunftschancen einzelner Parteien.

9 Listen über 5 Prozent

Nicht weniger als neun Listen schafften den Sprung über die 5-Prozent-Hürde bei dieser nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführten Wahl (s. Tabelle 1): drei Listen der Regierungslinken (die sozialistische PS, die französischen Grünen sowie die kommunistische Liste); die gemeinsame Liste der beiden trotzkistischen Protestparteien *Lutte ouvrière* und *Ligue communiste révolutionnaire*; drei Listen der gemäßigten Rechten (das Wahlbündnis aus neogaullistischer RPR und den Liberaldemokraten (DL) Alain Madelins, die zentristische UDF-Liste unter Führung von François Bayrou; die europakritische Liste des abtrünnigen Traditionsgaullisten Charles Pasqua und des ultrakonservativen Europegegners Philippe de Villiers; die rechtsextreme Liste Jean-Marie Le Pens; schließlich schaffte sogar die Einpunkte-

„Partei“ der Jäger und Angler (Chasse, pêche, nature, tradition – CPNT) den Einzugs ins Brüsseler Parlament.

In weiter Ferne liegen die Zeiten, in denen es vier großen und in etwa gleichstarken Parteien – der „quadrille bipolaire“ aus der *Parti communiste français* (PCF), der *Parti socialiste* (PS), der liberalkonservativen *Union pour la démocratie française* (UDF) und dem neogaullistischen *Rassemblement pour la République* (RPR) – gelungen war, in nationalen Parlamentswahlen zwischen 80 und 96 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen. Selbst bei Europawahlen, die als „Nebenwahlen“ und aufgrund des Verhältniswahlrechts einen besonders fruchtbaren Boden für Protestwahlverhalten und für kleinere Parteien abgeben, konnten PCF, PS, UDF und RPR in der Vergangenheit die Szene dominieren: 1979 vereinigten sie fast

88 Prozent auf sich, 1984 immerhin noch rund drei Viertel der Stimmen. Heute hingegen addieren sich die Resultate der offiziellen Listen dieser Parteien auf gerade einmal 51 Prozent.

Diese Stimmenzersplitterung und das miserable Abschneiden der gemäßigten Rechten kamen allerdings nicht völlig überraschend. Schon während der letzten beiden Jahre waren erhebliche Veränderungen der Parteienlandschaft zu beobachten, insbesondere das Auseinanderbrechen der liberalkonservativen Parteienkonföderation UDF, die Spaltung des rechtsextremen *Front national* und die erfolgreiche Formierung eines linken Wahlbündnisses aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen unter der Führung der Sozialisten.

Tabelle 1: Die wichtigsten Listen zur Europawahl und ihre Ergebnisse

Parteien	Prozent	Sitze
Extreme Linke	5,2	5
• gemeinsame Liste der beiden trotzkistischen Parteien Lutte ouvrière-LO (Parteisprecherin: Arlette Laguiller) und Ligue communiste révolutionnaire-LCR (Parteisprecher: Alain Krivine); Spitzenkandidaten: 1. Arlette Laguiller (LO), 2. Alain Krivine (LCR)		
Linke Regierungsparteien (Gesamt)	38,5	
• gemeinsame Liste von Parti socialiste-PS (Parteivorsitzender: François Hollande), Mouvement des citoyens-MDC (Parteivorsitzender: Jean-Pierre Chevènement) und Parti radical de gauche-PRG (Parteivorsitzender: Jean-Michel Baylet); Spitzenkandidat: François Hollande	22,0	22
• Les Verts (Parteisprecher: Marie-Anne Isler-Béguin, Martine Billard, Denis Baupin, Stéphane Pocrain); Spitzenkandidat: Daniel Cohn-Bendit	9,7	9
• offene Liste der Parti communiste français-PCF (Parteivorsitzender: Robert Hue) mit 50 Prozent nichtkommunistischen Kandidaten; Spitzenkandidat: Robert Hue	6,8	6
Gemäßigte Rechte (Gesamt)	35,1	
• Liste Rassemblement pour la France et l'indépendance de l'Europe , eine europakritische Wahlallianz zwischen dem ehemaligen gaullistischen Innenminister, Charles Pasqua, und dem Vorsitzenden des rechtskonservativen und antieuropäischen <i>Mouvement pour la France</i> , Philippe de Villiers (Ex-UDF); Spitzenkandidaten: 1. Charles Pasqua, 2. Philippe de Villiers	13,1	13
• gemeinsame Liste des neogaullistischen Rassemblement pour la République-RPR (Interimsvorsitzender bis zur Wahl: Nicolas Sarkozy) und von Démocratie libérale-DL , die sich 1998 von dem Parteienbündnis UDF abgespalten hat (Parteivorsitzender: Alain Madelin); Spitzenkandidaten: 1. Nicolas Sarkozy, 2. Alain Madelin	12,7	12
• Union pour la démocratie française-UDF (Parteivorsitzender: François Bayrou); Spitzenkandidat: François Bayrou	9,3	9
Extreme Rechte (Gesamt)	9,0	
• Front national-FN (Parteivorsitzender: Jean-Marie Le Pen); Spitzenkandidat: Jean-Marie Le Pen	5,7	5
• Mouvement national-MN (Parteivorsitzender: Bruno Mégret); Spitzenkandidat: Bruno Mégret	3,3	–
Sonstige	6,8	6
• Liste der Jäger und Angler (Chasse, pêche, nature et tradition-CPNT), eine europakritische Ein-Punkte-Formation; Spitzenkandidat: Jean Saint-Josse		

Die plurale Linke auf Erfolgskurs

Mit insgesamt 38,5 Prozent konnte die regierende Linke die bürgerliche Rechte mit 35,1 Prozent hinter sich lassen. Ganz im Gegensatz zu den Parteien der selbsternannten „Modernisierer“ Schröder und Blair können sich die französischen Sozialisten und ihr grüner Bündnispartner als Wahlsieger betrachten. Welch ein Kontrast zur Situation der französischen Linken, vor allem der PS, nach den letzten Europawahlen! Nach deren katastrophalen Wahlergebnis von 1994 (14,5 Prozent für die PS-Liste), das zum Rücktritt ihres damaligen Vorsitzenden Michel Rocard führte, hätte wohl kaum jemand eine nennenswerte Summe auf die Zukunft des PS wetten wollen. Nach ihrer Regierungserfahrung von 1981-1986 und 1988-1993 erschienen die Sozialisten am Ende der Mitterrand-Ära programmatisch ausgelaugt, von zahlreichen Skandalen erschüttert, ohne Bündnispartner und auf der Suche nach einem präsentablen Präsidentschaftskandidaten. Der Gipfel ihrer Ratlosigkeit schien erreicht, als Jacques Delors trotz guter Erfolgsaussichten die ihm angetragene Kandidatur für das höchste Staatsamt ablehnte. Doch innerhalb von nur zwei Jahren gelang es den Sozialisten, nicht nur erneut zur dominierenden und förderierenden Kraft der Linken aufzusteigen und wieder stärkste französische Partei zu werden, sie konnte auch die vorgezogenen Parlamentswahlen von 1997 gewinnen und die Regierungsverantwortung übernehmen. Diese erstaunliche Leistung erklärt sich sowohl aus eigenen Verdiensten wie auch aus einer veränderten Bündnis-konstellation.

Lionel Jospin war 1995 als Präsidentschaftskandidat der Sozialisten mehr als nur ein Achtungserfolg gelungen: Mit 23,3 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang erzielte er das beste Resultat aller Bewerber und erreichte im zweiten und entscheidenden Wahlgang als unumstrittener Anführer des linken Lagers 47,4 Prozent. Neben seiner persönlichen Integrität – ein wichtiges Pfund in einer durch Parteienfinanzierungs- und Korruptionsaffären gebeutelten Partei – hatte die Erneuerung linker, republikanischer Akzente im politischen Angebot der Sozialisten, kombiniert mit einer linken Bündnisstrategie, zu ihrem Wiederaufstieg beigetragen. Jospin erwies sich dabei als geschickter Architekt eines erneuerten

Bündnisses der französischen Linken. Dabei kam ihm gewiß der Öffnungskurs der Kommunisten nach innen wie außen zu Hilfe, wie er von Parteichef Robert Hue seit Mitte der 90er konsequent verfolgt wird. Der alte Bündnispartner stand somit erneut zur

Jospin: Architekt des „pluralen“ Linksbündnisses

Verfügung. Auch die französischen Grünen (Les Verts) standen als Partner zur Verfügung, seit sich die Strömung um die heutige Umweltministerin Dominique Voynet 1994 innerparteilich durchsetzen und die Partei auf eine linke Bündnisstrategie festlegen konnte.

Diese „plurale Linke“ (*gauche plurielle*), die noch den alten Bündnispartner der PS, die kleine linksliberale *Parti radical de gauche* (PRG), sowie die republikanisch-linksnationale „Bürgerbewegung“ (Mouvement des citoyens-MDC) des derzeitigen Innenministers Jean-Pierre Chevènement umfaßt, konnte dank ihres Wahlbündnisses zur vorgezogenen Parlamentswahl von 1997 nicht nur die Regierungsverantwortung übernehmen. Diesem rot-grünen Bündnis gelang es auch – im Gegensatz zu ihrem deutschen Gegenstück – einen *modus vivendi* der Kooperation zu finden, der jedem der durchaus ungleichen Partner das nötige Maß an eigenständigem Profil erlaubt, ohne die Kohäsion der Regierungsarbeit grundsätzlich in Frage zu stellen. Dies kann nicht zuletzt als Verdienst des Regierungschefs Jospin gelten. Er nutzte die dominante Stellung der Sozialisten nicht, um die kleineren Partner an die Wand zu drücken. Vielmehr bemühte er sich immer wieder, die Sensibilitäten seiner Partner, insbesondere der Kommunisten und der Bürgerbewegung (MDC), zu berücksichtigen und diese nicht zu einer völligen Aufgabe ihrer Identität im harten Regierungsalltag zu zwingen.

Zur Europawahl kam erstmals ein Wahlbündnis zwischen PS, der linksliberalen PRG und der linksrepublikanischen Bürgerbewegung Jean-Pierre Chevènements zustande. Vor allem Chevènement gelangte zur Überzeugung, daß eine politische Zukunft für ihn und seine Bürgerbewegung

(MDC) nur im engen und dauerhaften Schulterschuß mit der PS möglich ist. Begünstigt wurde diese Wiederannäherung Chevènements an die PS durch den Umstand, daß die Europapolitik heute weniger Spaltstoff zwischen MDC und PS bietet als in der Vergangenheit. Der Jospinsche Republikanismus und seine demonstrative Betonung der Rolle der Nation in der europäischen Einigung haben die Kluft zwischen den europapolitischen Positionen der PS und der MDC verringert. Auch der Kosovo-Konflikt war, trotz antiamerikanisch motivierter Reserven von Innenminister Chevènement, für diesen kein Grund, aus dem Bündnis der pluralen Linken auszusteigen – im Gegensatz zur Situation im Golfkrieg, der zum Bruch Chevènements mit der PS geführt hatte.

Belohnt wurde dieses Dreierbündnis aus PS, linksrepublikanischer Bürgerbewegung und den linksliberalen „Radikalen“ durch das mit 22 Prozent der abgegebenen Stimmen beste Ergebnis aller zur Europawahl angetretenen Listen. Wahrscheinlich wird dieses Wahlbündnis auch bei den Kommunalwahlen 2001 gemeinsam antreten und sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2002 auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Es darf auch spekuliert werden, ob dieses Bündnis den Kern einer neuen Föderation der republikanischen Linken oder gar einer neuen Partei unter Einschluß der Kommunisten bilden kann.

PCF – eine überflüssige Partei?

ration der republikanischen Linken oder gar einer neuen Partei unter Einschluß der Kommunisten bilden kann.

Letztere gehören zu den Verlierern dieser Europawahlen. Die PCF sah sich einer doppelten Konkurrenz von seiten der Grünen und der Trotzlisten ausgesetzt. Wurden die Kommunisten bislang von den Sozialisten und von Premierminister Jospin als wichtigster Koalitionspartner behandelt, so reklamieren nach der Wahl die Grünen eine Neuverteilung der politischen Gewichte innerhalb der Koalition. Sie schnitten unter der Führung des deutschen Grünen und Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit mit 9,7 Prozent deutlich besser ab als die kommunistische Partei mit 6,8 Prozent. Die Strategie des kommunistischen Parteichefs Robert Hue, die Partei durch eine weitreichende Öffnung der kommunistischen Europawahlliste für nichtkommunistische Vertre-

ter verschiedener Protestbewegungen für breitere Wählerschichten attraktiver zu machen, kann als gescheitert gelten. Weder diese „Linie“ noch die Rolle der PCF im linken Regierungsbündnis sind innerparteilich unumstritten. Die internen Kritiker des Parteichefs erhalten durch den Ausgang der Europawahlen Rückenwind. Dies auch deshalb, weil eine linksradikale, trotzkistische Listenverbindung (*Lutte ouvrière* von Arlette Laguiller und *Ligue communiste révolutionnaire* von Alain Krivine) den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffte. Was sich im guten Wahlergebnis von Arlette Laguiller bei den Präsidentschaftswahlen 1995 (5,3 Prozent) und den trotzkistischen Wahlerfolgen anlässlich der Regionalwahlen im vergangenen Jahr schon andeutete, wurde bei den Europawahlen erneut bestätigt: Die französischen Kommunisten sehen sich mit einer ernstzunehmenden, linksradikalen und europafeindlichen Konkurrenz konfrontiert. Diese kann aus der Einbindung der Kommunisten in die Regierungsdiziplin politisches Kapital schlagen. Wo im französischen Parteienspektrum ist zukünftig der Platz einer PCF zwischen einer im europäischen Vergleich „altlinken“ PS, einer grünen Partei, die mit mehr Erfolg als die PCF um Wähler einer libertären „zweiten Linken“ buhlt, und den oppositionellen Trotzlisten, die auf der Linken die frühere Rolle der Kommunisten als Sprachrohr für diffuse Protesthaltungen übernommen haben? Hat eine PCF, die sich als Regierungspartei zunehmend „banalisiert“, europafreundlicher denn je auftritt und sich auf dem Weg einer Sozialdemokratisierung befindet, überhaupt noch eine Existenzberechtigung als eigenständige Partei? Bahnt sich mittelfristig gar eine Art „Parteitag von Tours“ mit umgekehrtem Vorzeichen an, das heißt eine Wiedervereinigung zwischen Sozialisten und Kommunisten in einer großen republikanischen Linkspartei, die der 1920 in Tours vollzogenen Spaltung der Linken ein Ende bereiten könnte? Die Alternative eines Ausscheidens aus dem Linksbündnis und einer erneuten Radikalisierung der Kommunisten dürfte angesichts der Erfahrungen mit ihrer marginalen politischen Rolle zwischen 1984 und 1995 als wenig attraktiv erscheinen.

Der „Cohn-Bendit-Effekt“

Die Grünen hingegen können sich als eindeutiger Gewinner dieser Europawahlen betrachten. Mit knapp 10 Prozent der Stimmen ist ihnen als grüner Partei in Regie-

rungsverantwortung ein politischer Erfolg gelungen, von dem die deutschen Grünen derzeit kaum zu träumen wagen. Allerdings stellt sich die Frage, ob dieses Ergebnis tatsächlich eine dauerhafte Stellung der Grünen als zweitwichtigste politische Kraft innerhalb der französischen Linken begründen kann. Handelt es sich womöglich nur um eine Eintagsfliege? Ganz unverkennbar beruhte dieser Erfolg in erheblichem Maße auf einem „Cohn-Bendit-Effekt“. Als mythenrankter politischer Anführer der Mai-Revolution von 1968 zog er im Wahlkampf die Medienaufmerksamkeit auf sich wie kein anderer Spitzenkandidat. Eine ganze Generation von etablierten Alt-68ern konnte sich im Lebensweg dieses zum grünen Realo mit festen proeuropäischen Überzeugungen konvertierten ehemaligen Linksradikalen wiedererkennen. Er führte als einziger der Listenführer einen wirklich europäischen Wahlkampf, der aufgrund seiner deutsch-französischen Biographie als besonders glaubwürdig erscheinen mußte. In seiner Kampagne ist es ihm gelungen, die Trennlinien zwischen einer proeuropäischen und libertären Linken und einer weitgehend in den Kategorien des republikanischen Nationalstaatsmodells gefangenen „alten Linken“ sichtbar werden zu lassen und somit zentrale Fragen der zukünftigen französischen Europapolitik zu thematisieren. Zu dem

guten Abschneiden der Grünen hat gewiß auch sein herausragendes Talent zur gezielten und medienwirksamen politischen Provokation beigetragen. So bezeichnete er sich etwa als liberal – ein Etikett, das von den anderen Parteien der Linken vorzugsweise als Schimpfwort für den politischen Gegner oder für die europäische „Blair-Schröder-Linke“ verwandt wird –, warf Teilen der Linken ihren Antiamerikanismus vor und plädierte für einen Einsatz von NATO-Bodentruppen im Kosovo. Allerdings dürften die Grünen angesichts der großen Rolle des „Kandidateneffektes“ für die Wahl große Schwierigkeiten haben, diesen politischen Erfolg zu stabilisieren und in Zukunft zu wiederholen.

Auch wenn die plurale Linke insgesamt als Sieger aus den Europawahlen hervorgeht und die Linksregierung, insbesondere Premierminister Jospin, sich in hervorragenden Umfragewerten sonnen kann: Die Linke hat heute keine gesellschaftliche Mehrheit in Frankreich: 42 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen bei der Parlamentswahl 1997 und 38,5 Prozent bei dieser Europawahl verdeutlichen dies. Sie profitiert nicht zuletzt von der Zersplitterung der Parteienlandschaft und der tiefen Zerstrittenheit der gemäßigten Rechten.

Die gemäßigte Rechte: ein Trümmerfeld

² René Rémond: „La droite décomposée“, in: *Etudes*, November 1998, S. 461-469, hier: S. 461.

„Der aktuelle Zustand der Rechten in unserem Land“, so René Rémond, einer ihrer besten Kenner, „ist schon sehr merkwürdig. Man muß schon weit zurückschauen, vielleicht bis zu Beginn der IV. Republik, um eine vergleichbare Situation zu finden. Niemals hat man sie in einem solchen Ausmaß demoralisiert gesehen. [...] Sie ist so ziemlich über alles zerstritten, da sie eine Einigung in wirklich wesentlichen Fragen nicht erzielen kann. Sie befindet sich seit Mona-

Europakritiker – stärkste Kraft der Rechten

ten in einer Spirale des Zerfalls, von der man bislang nicht erkennen kann, wie sie aufgehalten werden könnte“.²

Mit Sicherheit ist diese Abwärtsspirale der französischen republikanischen Rechten

durch die Europawahlen noch beschleunigt worden. Als stärkste politische Kraft (13,1 Prozent) ging ausgerechnet die antieuropäische Liste *Rassemblement pour la France et l'indépendance de l'Europe* unter der gemeinsamen Führung des abtrünnigen Gaullisten und früheren Innenministers Charles Pasqua und des ultrakonservativen UDF-Dissidenten Philippe de Villiers hervor. Sie landete vor der gemeinsamen Liste der neogaullistischen RPR und der von der UDF abgespaltenen Liberaldemokraten (Démocratie libérale – DL) Alain Madelins, die mit 12,7 Prozent ein katastrophal schlechtes Ergebnis einfuhr. Als dritte Formation der gemäßigten Rechten erreichte François Bayrou mit seiner proeuropäischen Rest-UDF immerhin einen Achtungserfolg mit 9,3 Prozent der Stimmen.

Wie konnte es zu diesem politischen Debakel der gemäßigten Rechten kommen?

3 Vgl. Joachim Schild: Front national – Spaltpilz für die bürgerliche Rechte, in: Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 9, April 1998.

4 Vgl. Le Figaro v. 2.3.1999: „L'Alliance entre en hibernation“.

5 Vgl. Rémond, a.a.O., S. 464; vgl. auch: Gilles Ivaldi: „La droite dans la tourmente“, in: Regards sur l'actualité, Dezember 1998, S. 23-38.

Zunächst ist diese politische Schlappe die Folge zweier vorausgegangener Niederlagen. An erster Stelle ist der Verlust einer komfortablen rechten Parlamentsmehrheit infolge der von Jacques Chirac beschlossenen vorzeitigen Parlamentsauflösung von 1997 zu nennen. Jenseits taktischer Fehler war es vor allem ein Glaubwürdigkeitsproblem, das der Rechten die Parlamentsmehrheit kostete. Die zentralen Wahlversprechen Chiracs waren von der technokratischen

Verlust der Glaubwürdigkeit

Regierung Juppé schlicht „vergessen“ worden. Ihre Wirtschaftspolitik brach keineswegs mit dem „wirtschaftspolitischen Einheitsdenken“ (*pensée unique*), und sie tat in den Augen der Wähler auch wenig zur Verringerung der „sozialen Spaltung“ (*fracture sociale*), die Chirac in den Mittelpunkt seines Präsidentschaftswahlkampfes von 1995 gestellt hatte.

Hinzu kamen erhebliche Turbulenzen infolge der Regionalwahlen im März 1998. Die gemäßigte Rechte verlor nicht nur mehrere Regionen an die Linke; sie zerstritt sich auch über die strategische – und moralische – Grundsatzfrage, ob sie mit der rechtsextremen *Front national* paktieren

Unfähigkeit zur Kooperation

dürfe, um den Stuhl des Regionalpräsidenten für Kandidaten aus ihren Reihen zu retten.³ In vier Regionen ließen sich Vertreter der UDF mit Stimmen von UDF, RPR und dem *Front national* zu Regionalratspräsidenten küren, und dies gegen den erklärten Willen der Pariser Parteizentralen von RPR und UDF. Dieses kompromittierende Bündnis von Teilen der gemäßigten Rechten mit dem offen rassistischen *Front national* Jean-Marie Le Pens löste innerhalb der Rechten wahre Schockwellen aus. Im Mai 1998 brach die seit 1978 existierende Parteienkonföderation UDF auseinander, als Alain Madelin einen ihrer Hauptbestandteile, die wirtschaftsliberale *Démocratie libérale* (Früher *Parti républicain*) aus dem Parteienbündnis herauslöste. Die Rest-UDF versuchte unter Führung von François Bayrou durch eine Parteireform ihre interne Kohäsi-

on zu stärken, handelte es sich doch bis dahin lediglich um ein lockeres Parteienbündnis, das vor allem eigenwilligen bürgerlichen Lokalnotabeln einen politischen Rahmen bot.

Der nachfolgende Versuch, die nunmehr in drei politische Parteien gesplante bürgerliche Rechte unter dem Dach einer Parteienkonföderation namens *Alliance pour la France* wieder zusammenzuführen, kann als gescheitert gelten.⁴ Von den damaligen RPR- und UDF-Vorsitzenden Philippe Séguin und François Léotard im Mai 1998 angekündigt, hat die *Alliance* bislang in erster Linie das Ausmaß der Zerwürfnisse zwischen den beteiligten Partnern verdeutlicht. Sie hat weder die parlamentarische Arbeit von RPR, DL und UDF koordinieren noch die Auseinandersetzung innerhalb der gemäßigten Rechten um den Vorsitz im Senat verhindern können: der langjährige Senatspräsident Robert Monory (UDF) war im Oktober 1998 mit den Stimmen von RPR und *Démocratie libérale* (DL) von Christian Poncelet (RPR) abgelöst worden. Dadurch machte die RPR ihre Hegemonialambitionen innerhalb der Rechten deutlich. Die *Alliance* war auch unfähig, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Wahl zum Regionalpräsidenten der Region Rhône-Alpes zu einigen, wo die UDF-Politikerin Anne-Marie Comparini im Januar 1999 mit den Stimmen von Sozialisten, Kommunisten und Grünen und gegen den Willen von RPR und Staatspräsident Chirac gewählt wurde. Auch im Vorfeld der Europawahlen konnte sich die totgeborene *Alliance* nicht zur Aufstellung einer gemeinsamen Liste durchringen.

Das Unvermögen, die Zusammenarbeit in einer „pluralen Rechten“ nach dem erfolgreichen Muster der „pluralen Linken“ zu gestalten, rührt nicht nur von Zerwürfnissen zwischen den verschiedenen Rechtsparteien her. Auch intern sind die verschiedenen Parteien pluraler geworden, so daß sich inner- und zwischenparteiliche Spannungen wechselseitig verstärken und die Kooperationsfähigkeit untergraben.⁶ Während die UDF als loses Parteienbündnis seit ihrer Gründung von internen Rivalitäten geprägt war, traten die Gaullisten in der Vergangenheit stets als monolithischer Block in Erscheinung. Dies änderte sich nach der zweiten gescheiterten Präsidentschaftskandidatur Jacques Chiracs im Jahre 1988. Seine innerparteilichen Widersacher Charles Pasqua und Philippe Séguin plädierten gemeinsam für eine Rückkehr zu den gaulli-

stischen Wurzeln und grenzten sich vom betont wirtschaftsliberalen Kurs Chiracs ab. Als Wortführer der Maastricht-Gegner profilierten sie sich 1992 mit europakritischen Positionen gegen Chirac und die Parteispitze. Der vorläufige Höhepunkt der parteiinternen Spaltung wurde dann 1995 mit der konkurrierenden Bewerbung Jacques Chiracs und Edouard Balladurs um das Präsidentenamt erreicht. Nach der gewonnenen Präsidentschaftswahl war die parteiinterne Krise der Neogaullisten jedoch keineswegs beendet. Sie wurde vielmehr durch die bittere Niederlage nach der vorzeitigen Auflösung des Parlaments 1997 noch weiter angeheizt und trat im Vorfeld der Europawahl in eine neue Phase. Wenige Wochen

vor der Wahl warf der Parteichef und designierte Spitzenkandidat der gemeinsamen Liste von RPR und DL, Philippe Séguin, das Handtuch. Sein Versuch, Kontrolle über die intern in Strömungen und Seilschaften gesplante Partei zu gewinnen, war gescheitert. Chirac ist es aus dem Elysée-Palast heraus gelungen, seine nach der verlorenen Parlamentswahlen schwer angeschlagene Autorität in den Reihen seiner Partei wieder zu festigen und die Autonomie des Parteichefs Séguin, einem potentiellen Konkurrenten in der Bewerbung um das Präsidentenamt im Jahre 2002, zu untergraben. Den Preis für diesen „Erfolg“ mußte Chirac bei den Europawahlen entrichten.

Jacques Chirac: ein Staatspräsident ohne Machtbasis

6 A.a.O., S. 465.

Schon vor der Wahl stand eine Niederlage der Rechten und nicht zuletzt von Staatspräsident Chirac fest, da es nicht gelungen war, eine Wahlallianz zu schmieden. Chirac hatte sich nach dem Rücktritt Séguins vom Parteivorsitz der Neogaullisten persönlich für eine Einheitsliste der gemäßigten Rechten eingesetzt. Dann mußte er zusehen, wie diese mit drei verschiedenen Listen in die Europawahl zog. Deren Ergebnis kann nur als Scherbenhaufen für Chirac bezeichnet werden: die neogaullistische RPR in ihrer bislang tiefsten Krise, eine nationale Rechte mit Anspruch auf das gaullistische Erbe im Aufwind, ein ernstzunehmender Konkurrent um die Präsidentschaftskandidatur aus den Reihen der totgeglaubten UDF und eine gemäßigte Rechte, die weniger denn je willens und in der Lage ist, ihre Reihen hinter dem Staatspräsidenten zu schließen. Angesichts dieser niederschmetternden Bilanz dürfte es Chirac in den kommenden Monaten äußerst schwerfallen, für seinen Führungsanspruch im bürgerlichen Lager noch Gefolgsleute zu finden. Zu sehr ist der aktuelle Zustand der Opposition mit seinen eigenen strategischen und taktischen Fehlentscheidungen verknüpft.

Sogar in den Reihen der Neogaullisten drohen ihm die Zügel zu entgleiten. Die RPR, die mit dem Leichtgewicht eines Interims-parteevorsitzenden von Chiracs Gnaden, Nicolas Sarkozy, ins Rennen um die Wählerstimmen ging, hat mit 12,7 Prozent nicht nur das bisher schlechteste Ergebnis bei

Europawahlen erzielt. Sie wurde sogar von der gemeinsamen Liste des Altgaullisten Pasqua und des Nationalkonservativen de

Gaullisten vor dem Ende?

Villiers mit 13,1 Prozent überholt. Unmittelbar nach der Wahl zog Sarkozy die Konsequenzen aus dieser Niederlage und trat vom Interimsvorsitz der RPR zurück. Charles Pasqua, Mitbegründer der RPR, besiegelte seinerseits den lange erwarteten Bruch mit den Neogaullisten und kündigte gemeinsam mit de Villiers die Gründung einer neuen Partei an. Die Abkürzung dieser neuen Partei ist Programm: RPF (*Rassemblement pour la France*) – unter diesem Kürzel hatte de Gaulle 1947 sein *Rassemblement du peuple français* ins Leben gerufen. Damit will Pasqua den Neogaullisten das gaullistische Erbe streitig machen. In der Tat stellt sich heute die Frage, was von diesem Erbe noch übrig geblieben ist, insbesondere nach dem Rücktritt Séguins vom RPR-Parteivorsitz. „Einige Bilder, ein wenig Nostalgie und die Partei des Präsidenten, die der dringenden Renovierung bedarf“, wie Bernard Pellegrin in *L'Événement* (22-28. April 1999, S.12) schreibt? René Rémond geht sogar noch weiter: „Die Frage drängt sich auf, ob nicht die Stunde des Verschwindens einer Formation aus dem Panorama der politischen Kräfte gekommen ist, die gaullistisch genannt wird“.⁶ Wo

⁷ Vgl. seinen Meinungsartikel „Un signal pour le continent“, in: *Le Monde* v. 12.6.1999.

bleibt die „spécificité“ eines Gaullismus, der sich seit den achtziger Jahren zum Wirtschaftsliberalismus bekennt, der das Projekt der europäischen Integration vorantreibt und für den Euro gestritten hat, der Militärinterventionen an der Seite der USA im Golfkrieg und unter NATO-Kommando in Bosnien und im Kosovo mitträgt und Frankreich der Atlantischen Allianz wiederannähert hat? Und was unterscheidet das Funktionieren der gaullistischen Partei noch von dem ihrer Rivalen, besitzt sie doch ebensowenig wie diese eine unumstrittene Führungspersönlichkeit und zerfällt in unterschiedliche Strömungen und Klans?

Inwieweit Charles Pasqua, der sich mit seiner RPF aus dem Lager des Staatspräsidenten verabschiedet hat, von der Schwäche der RPR dauerhaft profitieren kann, bleibt abzuwarten. Auf alle Fälle läßt das Bündnis zwischen RPR und Madelins Liberaldemokraten(DL), nicht zuletzt Ausdruck einer wirtschaftsliberalen Übereinstimmung zwischen beiden Parteien, große Repräsentationsfelder frei, deren sich die neugegründete RPF annehmen kann. Die dauerhafte Etablierung einer nationalen Rechten rückt damit in den Bereich des Möglichen, auch wenn Pasqua mit seinen 72 Jahren aus Altersgründen kaum mehr eine große politische Zukunft vor sich haben dürfte. Zudem sind Spannungen und Widersprüche mit dem Bündnispartner de Villiers zu erwarten. Dieser ist in der Vergangenheit nicht gerade durch sozialgaullistische Akzente und durch Kritik an einer liberalen und monetaristischen Wirtschaftspolitik aufgefallen, wie Pasqua sie immer wieder formuliert hat.⁷ Auch waren Pasquas Versuche, Vertreter der Linken für seine „Partei der Souveränisten“ zu gewinnen, bislang kaum von Erfolg gekrönt. De Villiers ist für Linksgaullisten aufgrund seines Traditionalismus und katholischen Rechtskonservatismus als Bündnispartner wenig attraktiv. Einen dynamischen Schub könnte die neue RPF allerdings dann erhalten, wenn Philippe Séguin sich gemeinsam mit seinen Anhängern von den Neogaullisten verabschiedet und der RPF anschließen würde.

UDF im Aufwind

Nach der Europawahl wird es den Gaullisten schwerfallen, sich als dominante Kraft der gemäßigten Rechten zu präsentieren, konn-

te doch François Bayrou mit 9,3 Prozent ein respektables Ergebnis für die „neue UDF“ erzielen. Die Entscheidung der UDF, mit einer eigenen Liste ins Rennen zu gehen, war Ausdruck einer Risikostrategie des Alles-oder-Nichts: wäre sie diesseits der 7 Prozent gelandet, hätte dies das Ende der UDF bedeuten können. Doch das Kalkül Bayrous ist aufgegangen. Dem strategischen Ziel, ein neues Gleichgewicht auf der Rechten zu finden, ist er ein gutes Stück näher gekommen. Allerdings forderte diese Strategie zur Sicherung der Eigenständigkeit der UDF den hohen Preis eines historischen Tiefstands von RPR und UDF sowie das Opfer der *Alliance pour la France* als gemeinsames Dach für die gemäßigte Rechte. François Bayrou dürfte nach der Wahl eher darüber nachdenken, wie er die zentristische „neue UDF“ zur Basis für seine Präsidentschaftsambitionen ausbauen kann, statt sich den Kopf über eine Vereinigung der zersplitterten Rechten zu zerbrechen. Auf ihn wird Chirac kaum bauen können, wenn er sich in den nächsten Monaten um den Wiederaufbau einer innenpolitischen Machtbasis für seine erneute Präsidentschaftskandidatur bemüht.

Da auch die Pasqua-de Villiers-Liste in offener Opposition zum Staatspräsidenten Chirac steht und diesem vorwirft, die nationalen Interessen und Frankreichs Souveränität auf dem europäischen Altar zu opfern, ist das politische Lager des Präsidenten bei dieser Wahl auf seine eigene Partei zusammengeschrumpft. Und selbst diese ist ihm alles andere als treu ergeben, zerfällt sie doch zunehmend in rivalisierende Strömungen. Sie ist zudem mehr denn je durch erbitterte persönliche Feindschaften zwischen den wichtigsten Protagonisten gekennzeichnet, die die Existenzkrise der RPR vor allem unter dem Blickwinkel der damit für sie persönlich verbundenen politischen Risiken und Chancen betrachten. So gab etwa Alain Juppé, Ex-Premierminister und Ex-Parteivorsitzender der RPR, kurz nach der Wahl bekannt, daß er für eine Mitarbeit im Führungsgremium der RPR, dem *conseil politique restreint*, der nach dem Rücktritt des Interimsvorsitzenden Sarkozy die Geschäfte der Partei führen soll, nicht zur Verfügung steht. Er begründete diesen Schritt mit einem „Klima der Verdächtigungen und der Rivalität“ innerhalb der RPR. Staatspräsident Chirac hatte Juppé eigentlich eine zentrale Rolle bei der Reorganisation der gaullistischen Partei zugegedacht. Ist darin ein erstes Anzeichen

einer Absetzbewegung seiner Getreuen von dem als „natürlicher Kandidat“ der Rechten mehrfach gescheiterten Staatspräsidenten Chirac zu sehen?

Geprägt von politisch-ideologischen Spannungen, die ein politische Alternative zum regierenden Linksbündnis kaum erkennbar werden lassen, organisatorisch zunehmend zersplittert, ohne unumstrittene politische Führungsfigur, durch persönliche Rivalitäten und offene Feindschaften geschwächt, durch zahlreiche Korruptionsaffären belastet und unfähig zur personellen Erneuerung: die bürgerliche Rechte in Frankreich befindet sich derzeit auf einem historischen Tiefpunkt. Es ist alles andere als ausgemacht, daß das Desaster der Europawahlen als heilsamer Schock wirkt und die Bemühungen um eine engere Kooperation ihrer Bestandteile neuen Auftrieb gibt. Ein zentrales Problem auf dem Weg aus der Krise besteht darin, daß es auf der Rechten

keine klar dominierende Partei gibt, die – der PS auf der Linken vergleichbar – als Förderator wirken kann, wie dies den Gaullisten zu Beginn der V. Republik gelungen war. Es ist derzeit kaum absehbar, in welche Richtung sich die gemäßigte Rechte in den kommenden Jahren entwickeln wird, welche Formen der Zusammenarbeit sie finden und wie sie die inner- und zwischenparteilichen Spannungen begrenzen kann. Zu sehr ist die Parteienlandschaft in Bewegung geraten. Eines ist jedoch gewiß: Chiracs Traum, gestützt auf eine geeinte „Partei des Präsidenten“ in den nächsten Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2002 ziehen zu können, erscheint heute unrealistischer denn je. Er sieht sich derzeit gewissermaßen in der Situation einer doppelten Kohabitation: mit der rot-grünen Regierung und mit den zersplitterten Oppositionsparteien, die sich nicht einfach hinter ihm als Förderator scharen wollen.

Extreme Rechte: Ende eines Kapitels?

8 Vgl. Le Monde v. 11.6.1999: „Jean-Marie Le Pen et Bruno Mégret se livrent une primaire sans merci“.

9 Vgl. Le Monde v. 4.5.1999: „La scission du Front national fait reculer les idées de l'extrême droite“.

„Nach den Europawahlen“, so sagte der Präsident des *Mouvement national*, Bruno Mégret, am 26. Februar voraus, „wird eine der beiden *Front national* verschwinden“.⁸ Vermutlich wird er recht behalten. Und vermutlich wird es die von ihm geführte Nachfolgepartei des *Front national* sein, auf die dies zutrifft. Mit 3,3 Prozent scheiterte seine Liste klar an der 5-Prozent-Hürde. Allerdings hat auch die Liste seines Widersachers Jean-Marie Le Pen mit 5,7 Prozent nicht eben ein beeindruckendes Resultat erzielt – 1994 waren es noch 10,5 Prozent. Dennoch scheint sich die konservative Rechte etwas zu früh gefreut zu haben, als der *Front national* an persönlichen Rivalitäten zwischen Parteichef Le Pen und der Nummer zwei, Bruno Mégret, und an tiefreichenden Differenzen über die Parteistrategie im Umgang mit der gemäßigten Rechten im Dezember 1998 zerbrach. Für zahlreiche Kommentatoren hatte der in Parteiform organisierte Rechtsextremismus damit seine Zukunft schon hinter sich. Auch in der öffentlichen Meinung war die Unterstützung der Ideen Jean-Marie Le Pens auf den tiefsten Stand seit 1984 gesunken.⁹ Sollten die Erfolge der FN genauso eine Episode bleiben, wie dies auch in der Vergangenheit nach Wahlerfolgen der extremen Rechten stets der Fall war? Ihr Sterbeglöcklein ist

wohl etwas zu früh geläutet worden. Denn trotz der tiefen Orientierungskrise, trotz massiver Finanzprobleme und der organisatorischen Schwächung infolge der Spaltung konnten die beiden rechtsextremen Listen zusammen 9 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen – nur 1,5 Prozentpunkte weniger als 1994 – und mit einer Liste die 5-Prozent-Hürde nehmen. Weder die gesellschaftlichen Spaltungen und wirtschaftlichen Probleme, die den Aufstieg des *Front national* begünstigt haben, noch seine früheren Wähler sind über Nacht verschwunden.

Die extreme Rechte bleibt auch nach ihrer Spaltung ein ernstzunehmender Faktor in der französischen Innenpolitik. So dürfte auch für die gemäßigte Rechte das Problem nur entschärft, aber nicht verschwunden sein, wie man es mit dem rassistischen und rechtsextremen Konkurrenten hält. Nach dem schlechten Abschneiden von Bruno Mégrets *Mouvement national* dürften sich auch die Hoffnungen derjenigen im bürgerlichen Lager zerschlagen haben, die auf eine Entwicklung der Mégret-Partei hin zu einem „frequentablen“ Partner der Bürgerlichen nach dem Vorbild der italienischen Neofaschisten gehofft hatten.

Wie praktisch alle „Nebenwahlen“ der vergangenen Jahre, so haben auch die Europawahlen vom 13. Juni erneut deutlich gemacht, wie instabil die französische Parteienlandschaft geworden ist, wie groß die Pendelschwünge von Wahl zu Wahl sein können und wie weit die Zersplitterung der politischen Kräfte fortgeschritten ist. Das Parteien- bzw. Listenangebot ist entlang vielfältiger Spaltungslinien ausdifferenziert, die Wähler sind „wählerischer“ geworden, Parteibindungen spielen weniger denn je eine zentrale Rolle. Eine wachsende Zahl von Wählern findet sich im politischen Angebot der politischen Parteien überhaupt nicht mehr wieder. So haben bei der Europawahl fast sechs Prozent derjenigen, die zur Wahl gegangen sind, einen leeren oder ungültigen Stimmzettel in die Wahlurne geworfen! Aufgrund dieser gewachsenen Entfremdung gegenüber politischen Parteien wird der innenpolitische Prozeß in Frank-

reich tendenziell unberechenbarer. Die Momentaufnahme der Europawahlen, die weniger in ihrer europäischen, aber um so mehr in ihrer innenpolitischen Dimension von Interesse ist, läßt weitere Veränderungen der innenpolitischen Landschaft in den nächsten beiden Jahren erwarten: Dabei dürften Versuche der bürgerlichen Rechten, zu einem neuen *modus vivendi* zu gelangen, und die Auseinandersetzung um das Erbe des Gaullismus im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Für die Partner Frankreichs ist vor allem der letzte Punkt von Interesse. Sollte es den Traditionsgaullisten und Europakritikern tatsächlich gelingen, sich in Konkurrenz zu den Neogaullisten als nationale Rechte parteipolitisch zu etablieren und die anderen Parteien dauerhaft europapolitisch unter Druck zu setzen, so könnte Frankreich in einer entscheidenden Phase der europäischen Integrationsentwicklung zu einem unbequemerem Partner werden.

Chronologie: Entwicklung der Parteienlandschaft 98/1999

- 14. Mai 1998: Die RPR- und UDF-Vorsitzenden, Philippe Séguin und François Léotard, kündigen die Bildung einer *Alliance pour la France* an, die als Parteienkonföderation die zerstrittene bürgerliche Rechte wieder zusammenführen soll. Sie wird am 27. Mai offiziell aus der Taufe gehoben.
- 16. Mai 1998: Auf ihrem Parteitag in Paris vollzieht die wirtschaftsliberale *Démocratie libérale* (DL) unter Führung von Alain Madelin den Bruch mit der 1978 gegründeten UDF.
- 26. Mai 1998: Alain Madelin kündigt die Bildung einer eigenständigen Parlamentsfraktion der Liberaldemokraten an.
- 29. September 1998: Der conseil national der Rest-UDF beschließt die Transformation der Einzelbestandteile der UDF in eine einheitliche Partei und bestätigt die Führungsrolle François Bayrous und dessen strategisches Ziel, ein zentristisches und proeuropäisches Gegengewicht zu den Neogaullisten und den mit ihnen kooperierenden Liberaldemokraten (DL) zu bilden.
- 23. Dezember 1998: Parteiausschluß von Bruno Mégret gemeinsam mit sechs seiner engsten Mitstreiter durch Beschluß des Exekutivbüros der *Front national*; bis dato war Mégret Generaldelegierter und Nummer Zwei des *Front national*.
- 1. Januar 1999: Charles Pasqua (RPR) kündigt an, eine eigene europakritische Liste zu den Europawahlen zu präsentieren.
- 23.-24. Januar 1999: Ein Parteikongreß der Abtrünnigen um Bruno Mégret, von diesem als „außerordentlicher Parteitag der FN“ präsentiert, vollzieht offiziell die Spaltung der *Front national*; Mégrets Partei firmiert nunmehr unter dem Namen *Front national - Mouvement national* (FN-MF), während Le Pens Partei den ursprünglichen Parteinamen *Front national pour l'unité française* (FN-UF) annimmt.
- 7. März 1999: Der Vorsitzende der linksliberalen *Parti des radicaux de gauche* (PRG), Jean-Michel Baylet, gibt die Entscheidung bekannt, daß PRG-Vertreter für die Europawahl auf einer gemeinsamen Liste mit der PS kandidieren.
- 8. März 1999: PS und MDC schließen Wahlbündnis für Europawahl und treten, zusammen mit der linksliberalen PRG, mit einer gemeinsamen Liste an.
- 16. April 1999: Philippe Séguin tritt nach zermürbenden Auseinandersetzungen mit Staatspräsident Chirac über die Parteistrategie vom Vorsitz der RPR zurück und steht auch nicht mehr als Spitzenkandidat zur Europawahl zur Verfügung.
- 11. Mai 1999: Per Gerichtsentscheid erhält Le Pen das Recht am Parteinamen *Front national*, am Logo der Partei; auch kann Le Pen über die Mittel aus der staatlichen Wahlkampf- und Parteienfinanzierung in Höhe von 41 Mio. FF pro Jahr verfügen; der außerordentliche Parteitag Mégrets und seiner Anhänger am 23. und 24. Januar 1999 wird für nichtig erklärt – die Art seiner Einberufung war nicht parteistatutenkonform; Mégrets Partei nennt sich nunmehr *Mouvement national*.
- 13. Juni 1999: Tag der Europawahl
- 14. Juni 1999: Nicolas Sarkozy tritt als Interimsvorsitzender der RPR zurück
- 14. Juni 1999: Charles Pasqua kündigt die Gründung einer neuen Partei unter dem Namen „Rassemblement pour la France“ (RPF) an.

Aktuelle Publikationen des DFI

Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg./ Hrsg.: Hans Manfred Bock. - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 492 S.

Frankreich-Jahrbuch 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. / Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin u.a. Red.: Joachim Schild. - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 290 S.

Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten/ Hrsg. von Renate Köcher und Joachim Schild. - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 388 S.

Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert. / Hrsg. von Robert Picht u.a. - München: Piper, 1997. - 394 S.

René Lasserre / Joachim Schild / Henrik Uterwedde: Frankreich - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. - Opladen: Leske und Budrich, 1997. - 256 S. (Grundwissen Politik. Bd 19).

Wolfgang Neumann / Henrik Uterwedde: Abschied vom Zentralismus? Neue regionale Modernisierungspolitiken in Frankreich. - Stuttgart: IRB Verlag 1997. - 157 S.

Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. / Red.: Axel Sauder, Joachim Schild / Hrsg. von: Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC); Deutsch-Französisches Institut (DFI); Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); Institut Français des Relations Internationales (IFRI). - Opladen: Leske und Budrich, 1995. - 388 S.

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des DFI

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Joachim Schild

Herausgeber:

Deutsch-Französisches Institut

Asperger Straße 34, D-71634 Ludwigsburg

Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0

Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50

E-mail: dfi-lb@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten unter folgender Adresse:

<http://www.dfi.de>

Zuletzt erschienene Aktuelle Frankreich-Analysen:

W. Neumann: Neue Wege aus der Beschäftigungskrise?, Dezember 1998. - 12 S.

J. Schild/H. Uterwedde: Chance zum Neubeginn: Deutsch-französische Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Bonn, November 1998. - 12 S.

R. Picht: Deutsch-französischer Hochschulaustausch: Stand und Perspektiven, Oktober 1998. - 12 S.

K. Forster: Perspektiven deutsch-französischer und europäischer Rüstungskooperation, Juni 1998. - 12 S.

J. Schild: Front National - Spaltpilz für die bürgerliche Rechte, April 1998. - 12 S.

W. Neumann: Arbeitsmarktpolitik à la française - Gehen Frankreichs Uhren anders?, Dezember 1997. - 12 S.